ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hövermann, Andreas; Kohlrausch, Bettina; Voss-Dahm, Dorothea

Research Report

Anti-demokratische Einstellungen: Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel

Forschungsförderung Policy Brief, No. 007

Provided in Cooperation with:
The Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Hövermann, Andreas; Kohlrausch, Bettina; Voss-Dahm, Dorothea (2021) : Anti-demokratische Einstellungen: Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel, Forschungsförderung Policy Brief, No. 007, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008105

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/243275

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Hans Böckler Stiftung
Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

POLICY BRIEF

Nr. 007, September 2021, Forschungsförderung Policy Brief

ANTI-DEMOKRATISCHE EINSTELLUNGEN

Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel

Andreas Hövermann, Bettina Kohlrausch und Dorothea Voss

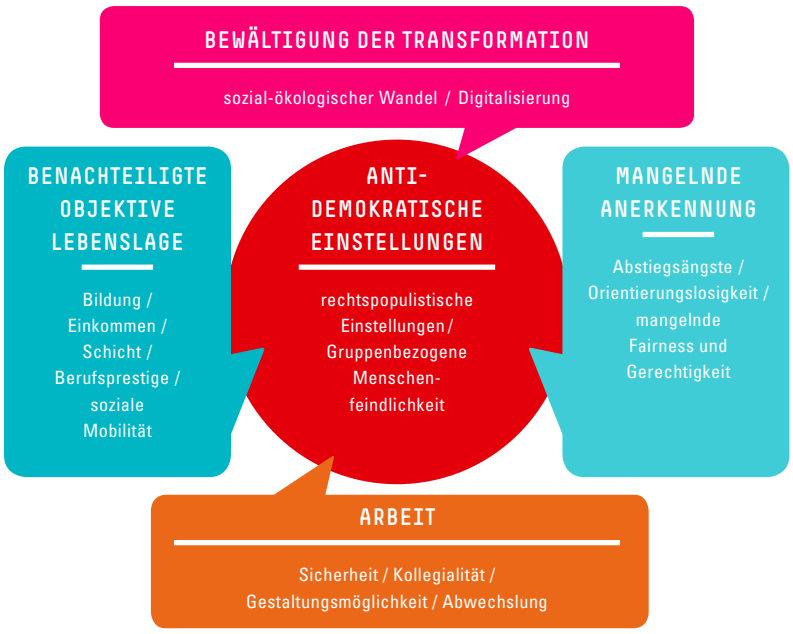
Wenn anti-demokratische Einstellungen in der Bevölkerung viel Zuspruch erhalten, sollte aufgehorcht werden: Menschen wenden sich vom demokratischen System ab und vertrauen nicht mehr den Regeln und Instanzen in Politik und Gesellschaft, die das Zusammenleben organisieren und strukturieren. Damit steigt der Druck auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz demokratischer Entscheidungen. Dabei ist eine stabile Demokratie gerade in einer Zeit notwendig, in der die »drei Ds« – Dekarbonisierung, Digitalisierung, Demografie – die deutsche Gesellschaft herausfordern und Veränderungen bedeuten.

Wie verbreitet sind also anti-demokratische Einstellungen, und wie hängen soziale Lebenslagen in Zeiten von angekündigten und tatsächlichen Veränderungsprozessen mit demokratischer Integration zusammen? Welchen Einfluss haben die Erfahrungen und Wahrnehmungen in der Erwerbsarbeit auf anti-demokratische Einstellungen?

Wir zeigen mit Auswertungen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, dass Menschen in objektiv prekären Lebenslagen Gelegenheiten verwehrt sind, sich einzubringen und das eigene Leben auch angesichts äußerer Veränderungen zu gestalten. Zusätzlich spielen subjektive Wahrnehmungen für anti-demokratische Einstellungen eine Rolle: Wenn Anerkennung ausbleibt, wird das als Abwertungserfahrung des eigenen sozialen und beruflichen Status erlebt. Auch die Befürchtung und Erfahrung, in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen – wie der Digitalisierung oder dem sozial-ökologischen Wandel – abgehängt zu werden, sind eng mit anti-demokratischen Einstellungen verknüpft.

Abbildung 1

Schematische Übersicht der eng mit anti-demokratischen Einstellungen verknüpften Themen



INHALT

1 Anti-demokratische Einstellungen **3**

2 Erwerbstätigkeit und Gute Arbeit **4**

3 Objektive soziale Lebenslage **6**

4 Fehlende Anerkennung **8**

5 Erfahrungen von Veränderung **10**

5.1 Digitalisierung 10

5.2 Sozial-ökologischer Wandel 13

5.3 Transformationserfahrungen und anti-demokratische Einstellungen 15

6 Die Transformation sozial gestalten **17**

Literatur **19**

Die Befunde basieren auf Daten, die vom Meinungsforschungsinstitut IPSOS in der Zeit vom 4. November 2020 bis 7. Januar 2021 telefonisch repräsentativ erhoben wurden. Realisiert werden konnte eine Stichprobe von 4.116 Befragten. Erwerbstätige, die im Fokus der Befragung standen, wurden überproportional häufig befragt (N = 2.956). Anhand von Gewichtungsfaktoren kann sowohl die Gesamtbevölkerung als auch die Erwerbsbevölkerung repräsentativ abgebildet werden. In diesem Policy Brief werden vorwiegend empirische Befunde berichtet, die sich auch in komplexeren multivariaten Analysen als bedeutsam erwiesen haben. Die Studie ist Teil des Forschungsprojekts »Soziale Lebenslagen und demokratische Integration« der Hans-Böckler-Stiftung.

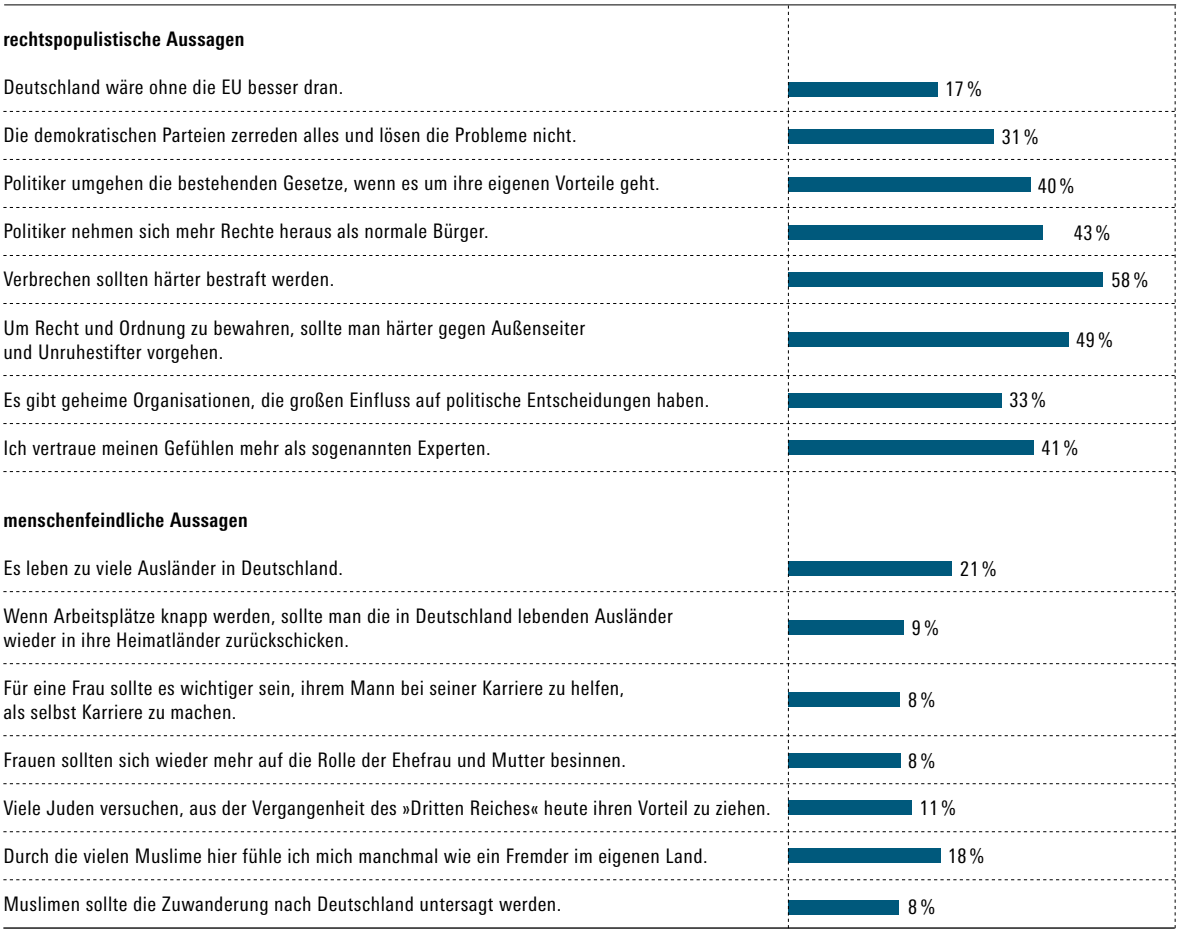
1 ANTI-DEMOKRATISCHE EINSTELLUNGEN

Seit Jahrzehnten zeigen Umfragestudien, dass rechtspopulistische und menschenfeindliche Aussagen in der Bevölkerung weit verbreitet sind und teilweise bis tief in die Mitte der Gesellschaft hinein reichen (z. B. Heitmeyer 2002, Decker/Brähler 2006, Zick/Küpper 2021). Dies bestätigt sich auch in unserer repräsentativen Umfrage: So stimmen beispielsweise 43 Prozent der Bevölkerung »voll« oder »voll und ganz« zu, dass sich »Politiker mehr Rechte herausnehmen als normale Bürger«. Ebenso stimmt rund ein Drittel der konspirativen Aussage zu, dass es »geheime Organisationen gibt, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben«. Die meist schärfer formulierten Aussagen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erhalten zwar etwas geringeren Zuspruch, jedoch äußern auch hier rund 20 Prozent, dass »zu viele Ausländer in Deutschland« leben; ebenso viele fühlen sich »Durch die vielen Muslime hier … manchmal wie ein Fremder im eigenen Land« (Abbildung 2).

Wir haben diese und andere Fragen herangezogen, die sich für die Messung anti-demokratischer Einstellungen etabliert haben (vgl. Zick/Küpper 2021). Verwendet haben wir acht Fragen des Index »Rechtspopulistische Einstellungen« und sieben Fragen des Index »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«; sie wurden gebündelt als »anti-demokratische Einstellungen« erfasst (Abbildung 1).

Abbildung 2

Zustimmungswerte zu rechtspopulistischen Einstellungen und zu Aussagen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit



Anmerkung: Alle Befragten N = 4.116; Anteile »Stimme voll und ganz zu« und »Stimme eher zu« auf fünfstufiger Skala

Die Skala anti-demokratischer Einstellungen wurde zur einfacheren Interpretation wie folgt gedrittelt: Befragte, die auf den fünfstufigen Skalen mindestens einen Wert von 3,5 aufweisen, bekommen ein »hohes Ausmaß« zugewiesen, da sie im Schnitt den Aussagen stärker zustimmen als sie ablehnen. Analog bekommen Befragte mit Skalenwerten kleiner als 2,5 ein »geringes Ausmaß« zugewiesen, da sie die Aussagen im Schnitt eher ablehnen. Befragte mit durchschnittlicher Zustimmung zwischen 2,5 und 3,5 äußern ein »mittleres Ausmaß«.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Festlegung der Grenzwerte Definitionssache ist. Man hätte die Grenze für »hohes Ausmaß« beispielsweise auch bei 4 ziehen können und geringere Anteile erhalten. Die Aussage: »10 Prozent der Erwerbstätigen zeigen hohes Ausmaß an anti-demokratischen Einstellungen« ist deswegen wenig zielführend. Deutlich sinnvoller ist, die Werte relativ zueinander zu interpretieren, also die Unterschiede zwischen den Gruppen zu betrachten, etwa so: Unter Erwerbstätigen teilen 10 Prozent ein hohes Ausmaß anti-demokratische Einstellungen, unter Nicht-Erwerbstätigen jedoch 20 Prozent.

2 ERWERBSTÄTIGKEIT UND GUTE ARBEIT

Erwerbstätigkeit schützt vor anti-demokratischen Einstellungen: Wer als erwerbstätige Person in Arbeit eingebunden ist, stimmt in geringerem Maße anti-demokratischen Einstellungen zu als Nicht-Erwerbstätige (Abbildung 3). Komplexere multivariate Analysen zeigen, dass der Unterschied zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen auch dann noch bestehen bleibt, wenn der unter Nicht-Erwerbstätigen häufigere niedrige formale Bildungsstand berücksichtigt wird.

Da uns der Zusammenhang zwischen Erfahrungen im Arbeitskontext und anti-demokratischen Einstellungen besonders interessiert, betrachten wir im Folgenden nur Erwerbstätige. Hier finden wir klare Einflussfaktoren: Erwerbstätige, die ihren **Arbeitsplatz als nicht sicher** bezeichnen, stimmen häufiger anti-demokratischen Einstellungen zu als Befragte, die ihren Arbeitsplatz als sicher bezeichnen. Ebenfalls überdurchschnittliche Zustimmung äußerten Befragte, deren Haushalte **Einkommenseinbußen** in der Corona-Pandemie hinnehmen mussten (Abbildung 4).

Abbildung 3

Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen unter Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen

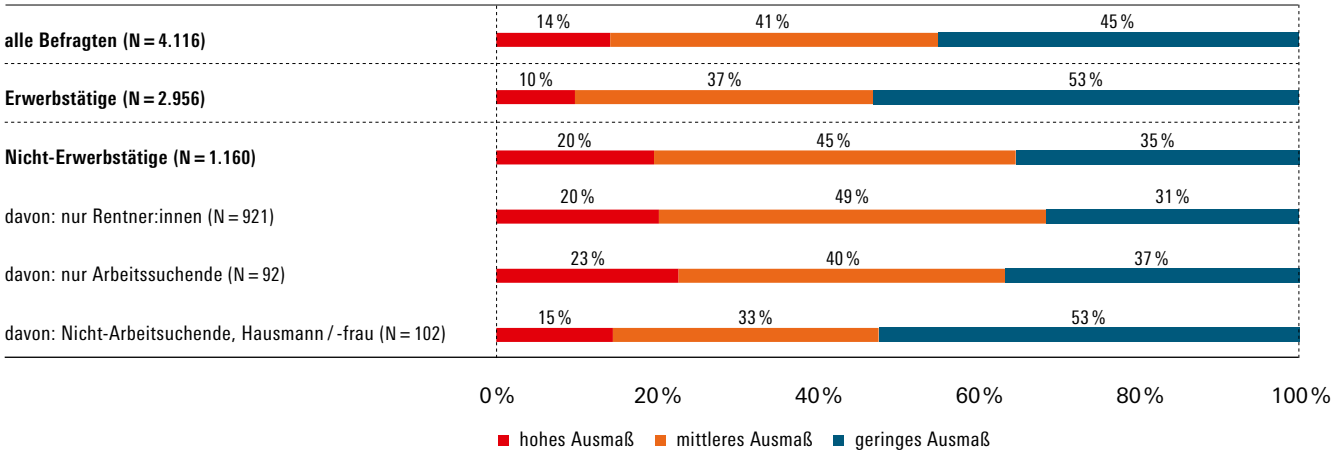
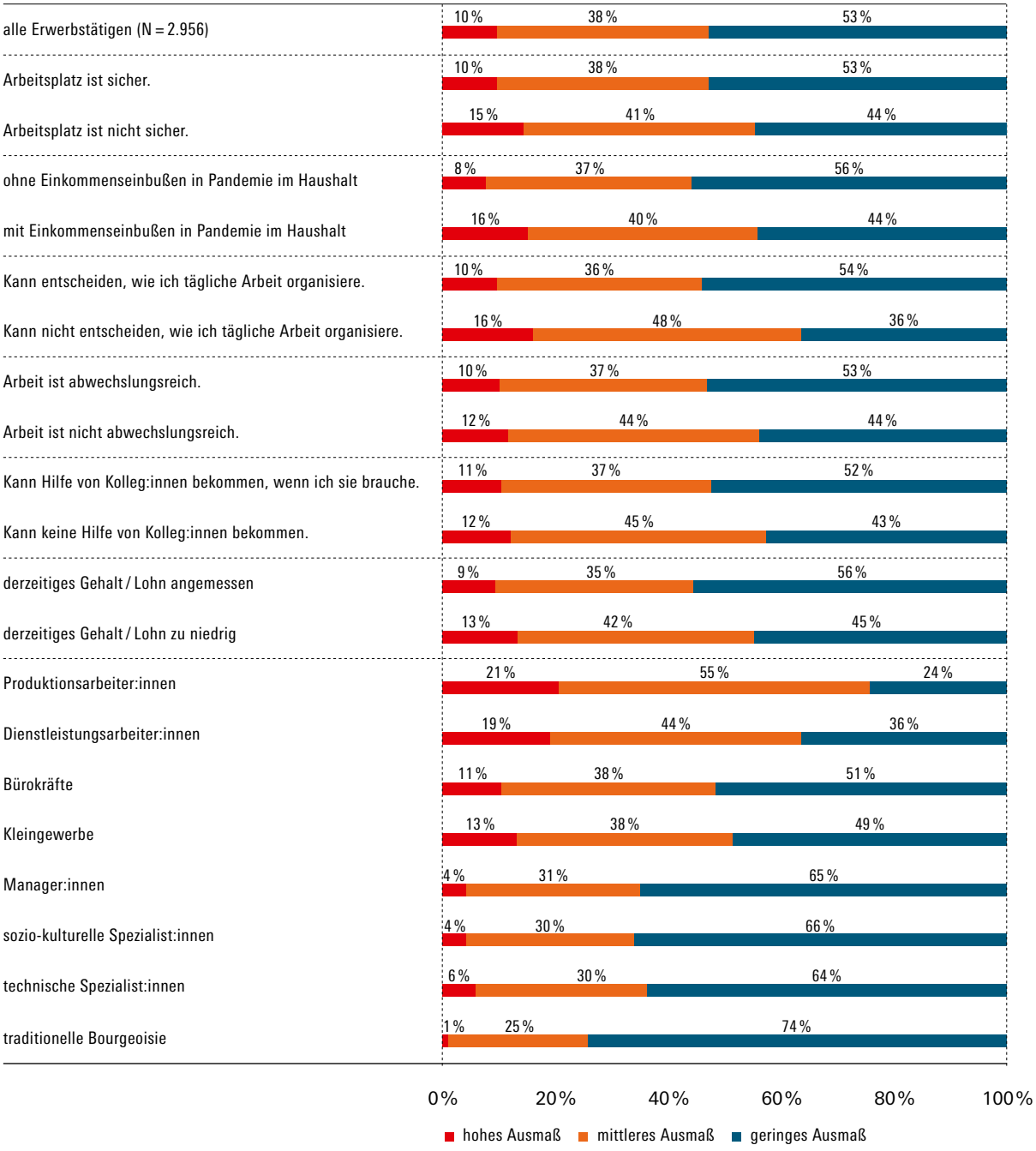


Abbildung 4

Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen nach Arbeitsbedingungen



Anmerkung: nur Erwerbstätige (N = 2.956)

Starke Zusammenhänge finden wir auch für den unmittelbarenArbeitskontext:**Gestaltungsmöglichkeiten** schützen vor anti-demokratischen Einstellungen; erlebter **Kontrollverlust** und geringe Gelegenheiten und Optionen, sich einzubringen, sind dagegen ein Nährboden für demokratische Desintegration. Wer nicht entscheiden kann, wie die **tägliche Arbeit organisiert** wird, wessen Arbeit nicht **abwechslungsreich** ist, wer keine **kollegiale Unterstützung** erwarten kann und wer den **Lohn als zu niedrig** empfindet, stimmt anti-demokratischen Einstellungen überdurchschnittlich häufig zu. Dabei macht die **Mitbestimmung** einen Unterschied für die Arbeitsbedingungen: Erwerbstätige mit betrieblicher Interessensvertretung oder deren Arbeitsbedingungen durch einen Tarifvertrag geregelt sind, berichten von besseren Arbeitsbedingungen als diejenigen, für die das nicht gilt.

In unseren Analysen wird zudem deutlich, dass Personen, deren Beruf einer höheren Erwerbsklasse angehört (vgl. Oesch 2006), seltener zu anti-demokratischen Einstellungen neigen.

Somit bietet die **Integration in den Arbeitsmarkt** einen Schutz vor anti-demokratischen Einstellungen. Hinzu kommt: Je sicherer diese Integration ist, desto seltener stimmen Personen anti-demokratischen Einstellungen zu.

3 OBJEKTIVE SOZIALE LEBENSLAGE

Bildung und Einkommen sind wichtige Indikatoren für den sozialen Status und gesellschaftliche Teilhabe. Ein hoher Bildungsstand und ausreichendes Einkommen schaffen Gelegenheitsstrukturen, die Menschen Handlungsspielräume eröffnen und demokratische Integration ermöglichen. Unsere Auswertungen belegen die Bedeutung der objektiven sozialen Lage: Befragte mit **einem höheren Einkommen** und einem **höheren formalen Bildungsstand** neigen deutlich seltener zu anti-demokratischen Einstellungen (Abbildung 5).

Der eigene soziale Status definiert sich vor allem in Relation zu anderen. Das gilt unter anderem für das Ansehen des eigenen Berufs. Für den Zusammenhang zwischen dem Berufsprestige, das bestimmten Berufen gesellschaftlich zugewiesen wird, und anti-demokratischen Einstellungen zeigt sich ein besonders starker Befund. Die Messung des **Berufsprestiges** erfolgt anhand der SIOPS-Skala (SIOPS = Standard International Occupational Prestige Scale) und basiert auf Einschätzungen der Bevölkerung zu Rangfolgen des sozialen Ansehens verschiedener Berufe, die von »12« für Schuhputzer bis »78« für Ärzte reicht (Ganzeboom/Treiman 1996).

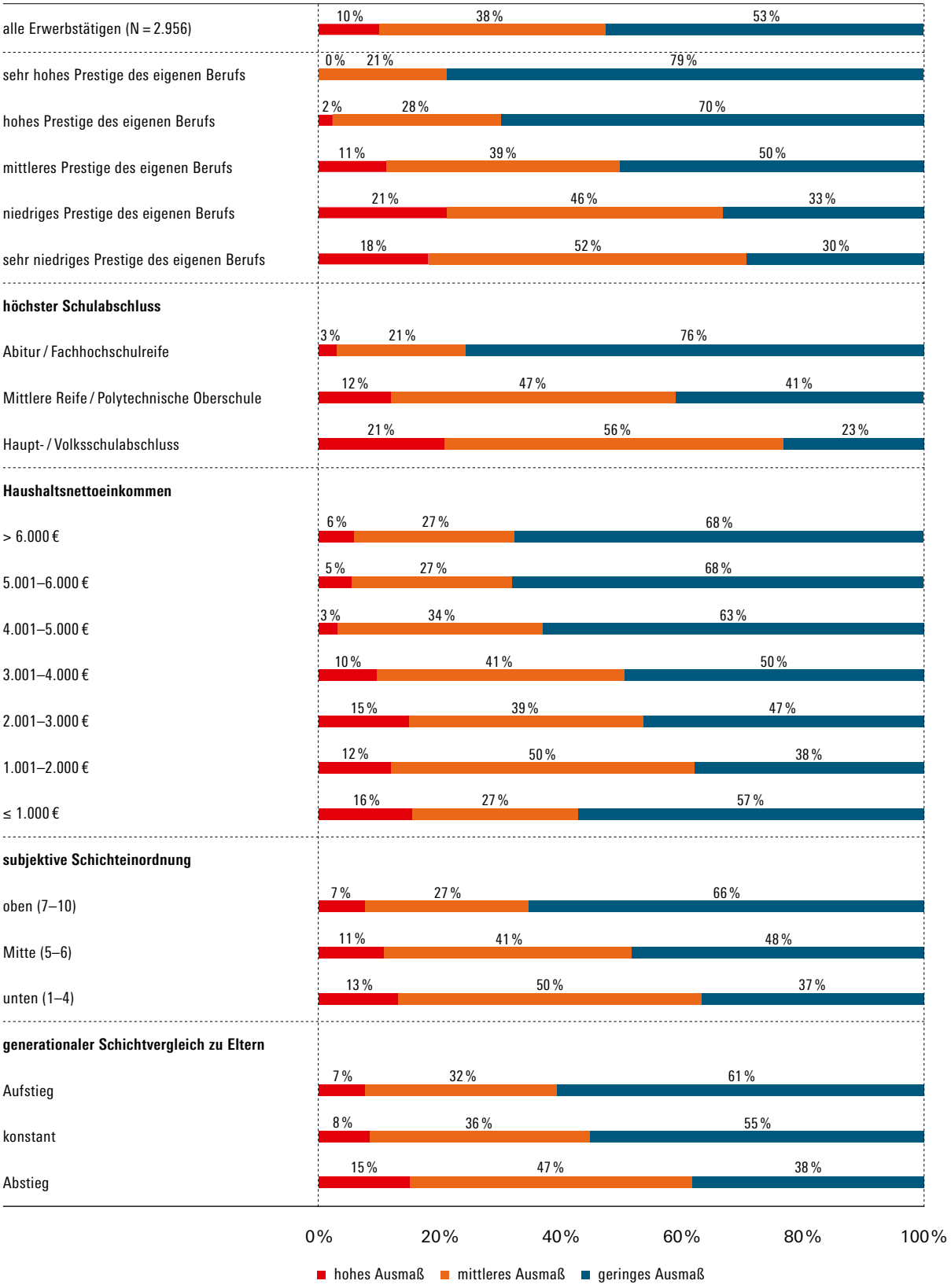
Abbildung 5 zeigt, dass ein niedriges Berufsprestige und die damit verbundene geringe berufliche Anerkennung einen großen Einfluss auf anti-demokratische Einstellungen hat. Dies gilt vor allem für rechtspopulistische Einstellungen auch unabhängig von anderen wichtigen Einflussfaktoren wie Bildungsstand und Einkommen, sodass dieser Erklärungsfaktor ein hohes empirisches Gewicht hat.

Auch die Schichtzugehörigkeit hat einen Einfluss auf anti-demokratische Einstellungen: Wer sich selbst einer niedrigen **Schicht** zuordnet, zeigt ein höheres Ausmaß an anti-demokratischer Einstellung als Befragte höherer Schichten. Ein bedeutender Effekt zeigt sich zudem für die Dimension der sozialen Mobilität: Die Erfahrung des **sozialen Abstiegs** und des damit einhergehenden Statusverlustes – gemessen an der Einschätzung, dass die eigenen Eltern einer höheren Schicht angehörten als man selbst – erweist sich als eng mit anti-demokratischen Einstellungen verknüpft.

Insgesamt besteht damit zwischen der objektiv messbaren sozialen Lebenslage und der Verbreitung anti-demokratischer Einstellungen ein eindeutiger Zusammenhang: Eine geringe materielle, bildungsbezogene Ressourcenausstattung, ein geringes Berufsprestige, eine niedrige Schichtzugehörigkeit und soziale Abwärtsmobilität gehen mit überdurchschnittlicher Zustimmung zu anti-demokratischen Aussagen einher.

Abbildung 5

Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen nach Lebenslage



Anmerkung: nur Erwerbstätige (N=2.956)

4 FEHLENDE ANERKENNUNG

Sozialpsychologisch ist herausgearbeitet worden, dass gesellschaftliche Desintegration, die beispielsweise mit einem (zu) geringen Einkommen einhergeht, in enger Verbindung mit Anerkennungs- und Abwertungserfahrungen steht. Dies schließt auch »Anerkennungsbedrohungen« mit ein, also die Sorge um zukünftig eintretende Abwertungen (Heitmeyer 2018). Damit wird die subjektive Ebene der empfundenen Anerkennung und Abwertung zur relevanten Dimension für demokratische Integration.

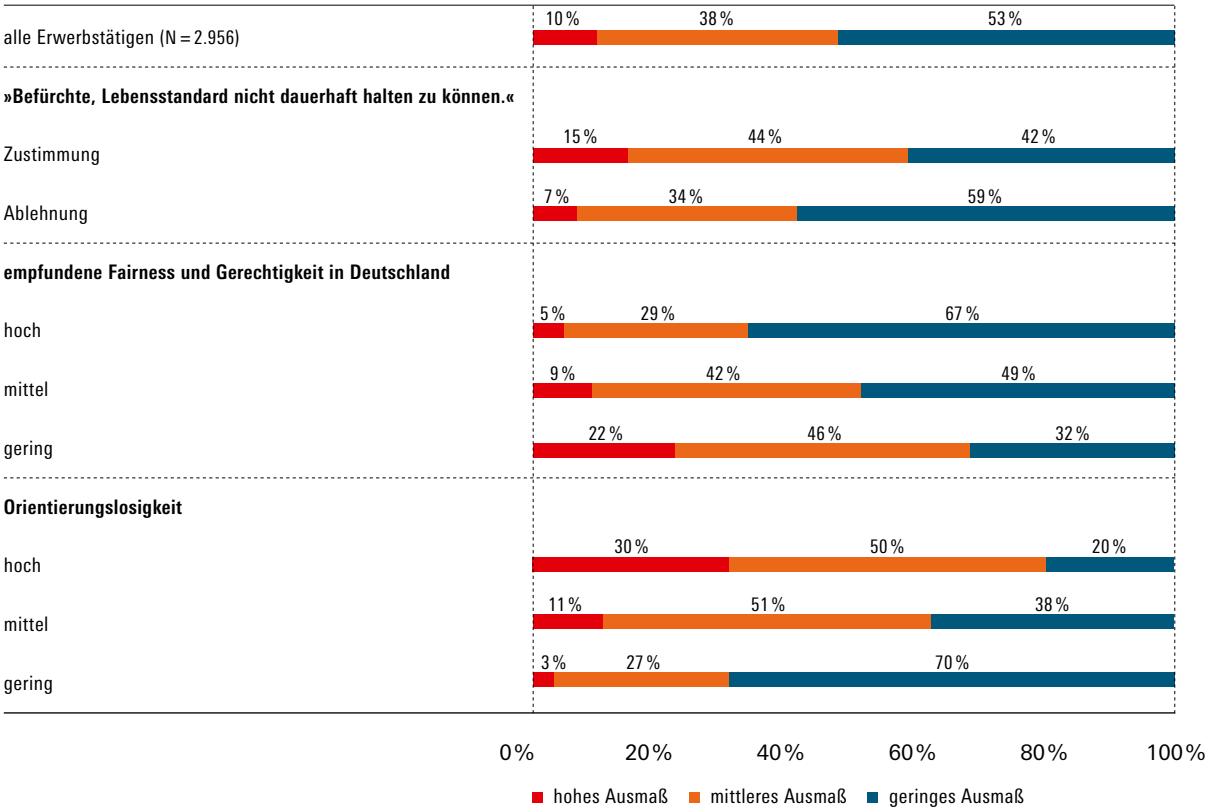
Unsere Auswertungen zeigen starke Zusammenhänge rund um das Thema **Anerkennung** (Abbildung 6). Wer befürchtet, den Lebensstandard dauerhaft nicht halten zu können, stimmt überdurchschnittlich häufig anti-demokratischen Aussagen zu. Darin kommt die subjektive Einschätzung zum Ausdruck, dass der soziale und materielle Status auf Dauer nicht gesichert ist – die biografisch erworbene soziale Position damit also abgewertet werden könnte.

Theoretische Anbindung

In der Darstellung der empirischen Befunde lehnen wir uns an die »Theorie Sozialer Desintegration« von Anhut und Heitmeyer (2005) an. Wir übernehmen dabei die Unterscheidung zwischen der objektiven Ebene, auf der Gelegenheitsstrukturen und -angebote die Integration beeinflussen, und der subjektiven Ebene, in der Formen der Anerkennung die Integration bzw. Desintegration beeinflussen. Eine systematische Anlehnung an die dort erfolgte Differenzierung zwischen positionaler, moralischer und emotionaler Anerkennung erfolgt hier aus Komplexitätsgründen nicht. Auch die Messung einiger Anerkennungsdimensionen orientierte sich an etablierten Konzepten der Theorie sozialer Desintegration.

Abbildung 6

Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen nach Anerkennung



Anmerkung: nur Erwerbstätige (N = 2.956)

Derartige **Abstiegsängste** sind damit als Anerkennungsbedrohung zu interpretieren, die sich auch bereits in vorherigen Studien als eng mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängend zeigten (Hilmer et al. 2017, Kohlrausch/Höcker 2020). Dieser Zusammenhang existiert im Übrigen unabhängig von Bildung, Einkommen und Berufsposition, d.h. subjektive Anerkennungsbedrohungen gehen nicht zwangsläufig mit konkreten Erfahrungen des materiellen Wohlstandsverlustes einher.

Ebenso ist der Blick der Befragten auf die Gesellschaft sehr relevant. Das Gerechtigkeitsempfinden spielt eine bedeutende Rolle. Zwei Drittel derjenigen, die angeben, in Deutschland herrsche nur ein geringes Maß an **Fairness und Gerechtigkeit,** stimmen in hohem oder mittlerem Ausmaß anti-demokratischen Einstellungen zu. Die rechtspopulistische Programmatik ist offenbar in der Lage, dies einzufangen: Nach ihrer Auffassung liegt die Ursache von mangelnder Fairness und Gerechtigkeit am politischen System und an seinen Akteuren selbst, weshalb seine Legitimität in Zweifel gezogen wird.

Die Auswertungen zur empfundenen **Orientierungslosigkeit** – also dem machtlosen Gefühl, als Bürger:in von gesellschaftlichen Prozessen abgehängt zu sein und nicht mehr »mitzukommen« – weisen ebenfalls starke Zusammenhänge zu anti-demokratischen Einstellungen auf: 80 % der Befragten, die eine hohe Orientierungslosigkeit angeben, stimmten in hohem oder mittlerem Ausmaß anti-demokratischen Einstellungen zu.

Insbesondere im Zusammenhang mit den Transformationsthemen »Digitalisierung« und »sozial-ökologische Transformation« ist es naheliegend, anzunehmen, dass die Dynamik gesellschaftlicher Desintegration mit zunehmender Orientierungslosigkeit zunimmt. Oder anders formuliert: Veränderungen sind potenzielle Anerkennungsbedrohungen mit Blick auf die Orientierungsfähigkeit und damit die subjektive Möglichkeit, das eigene Leben in veränderten gesellschaftlichen Kontexten zu gestalten.

Empfundene Fairness und Gerechtigkeit in Deutschland messen wir über das Antwortverhalten zu folgenden Aussagen:

→ In Deutschland gehen die Menschen fair miteinander um.
→ In Deutschland ist die gerechte Verteilung des Wohlstands realisiert.
→ Der Sozialstaat funktioniert nicht.
→ Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut.

Orientierungslosigkeit messen wir über das Antwortverhalten zu folgenden Aussagen:

→ Über mein Leben wird irgendwo da draußen in der Welt entschieden.
→ Mit den technischen Veränderungen kann ich immer weniger Schritt halten.
→ Es ist heute alles so in Unordnung geraten, dass man manchmal nicht mehr weiß, wo man eigentlich steht.
→ Die Dinge sind heute so komplex geworden, dass man manchmal nicht mehr weiß, was eigentlich los ist.

5 ERFAHRUNGEN VON VERÄNDERUNG

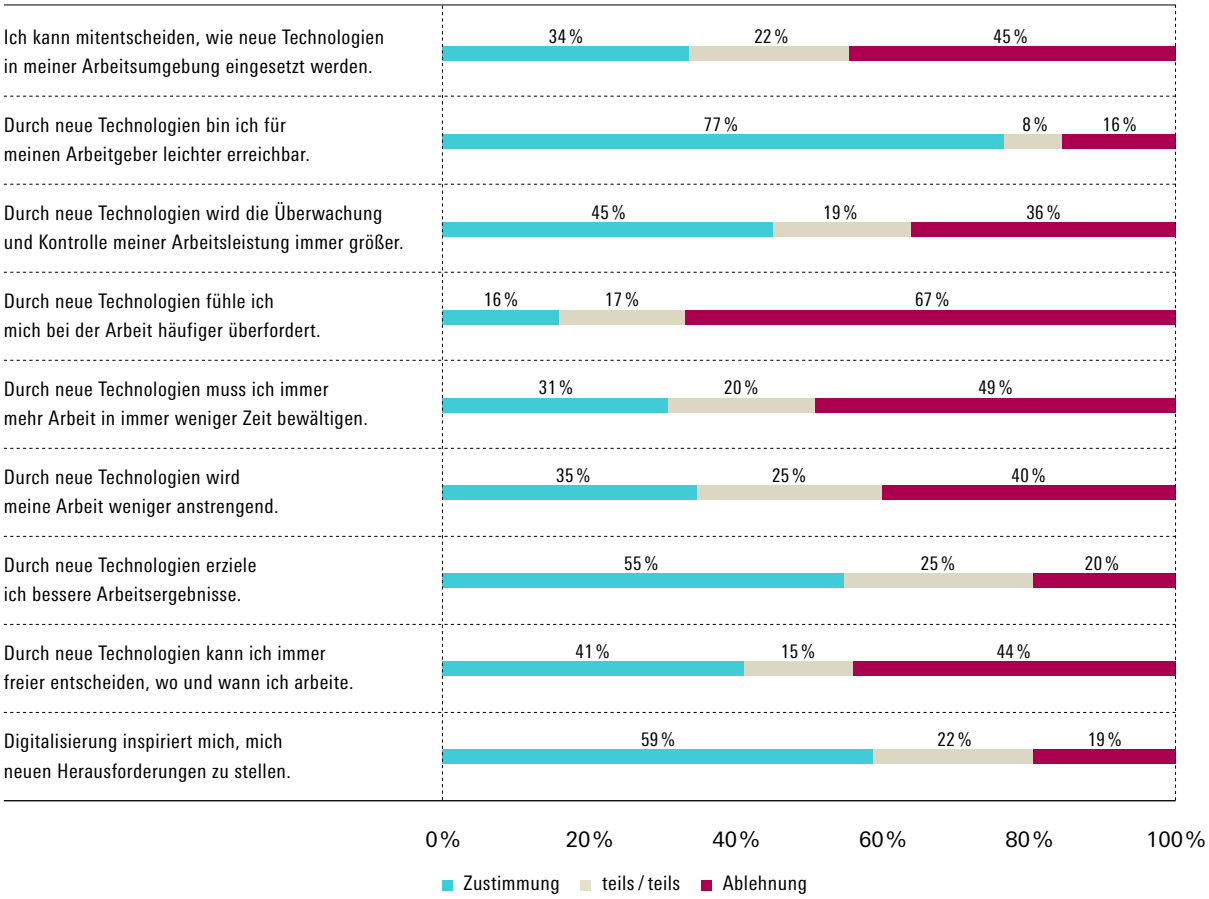
5.1 Digitalisierung

Die Digitalisierung ist in der Arbeitswelt angekommen: Zwei Drittel aller befragten Erwerbstätigen haben angegeben, dass »in den letzten Jahren an ihrer Arbeit immer häufiger digitale, neue Technologien zum Einsatz kamen«. Sie erleben die Digitalisierung als eine ambivalente Entwicklung: Eine verstärkte Erreichbarkeit, größere Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten stehen der Einschätzung gegenüber, dass die Digitalisierung zu neuen Herausforderungen inspiriert und bessere Arbeitsergebnisse ermöglicht. Ebenso erleben zwei Drittel der Befragten mit Digitalisierungserfahrung in der Arbeit keine Überforderung, und die Hälfte der Befragten nimmt keine Arbeitsverdichtung wahr (Abbildung 7).

Wir haben Muster im Antwortverhalten der Befragten gefunden. Danach lassen sich sechs Gruppen bzw. Cluster voneinander unterscheiden: Die Bandbreite reicht von Erwerbstätigen, die die Digitalisierung als sehr positiv erleben, bis zu Erwerbstätigen, die vor allem negative Erfahrung mit der Digitalisierung machen (Abbildung 8).

Abbildung 7

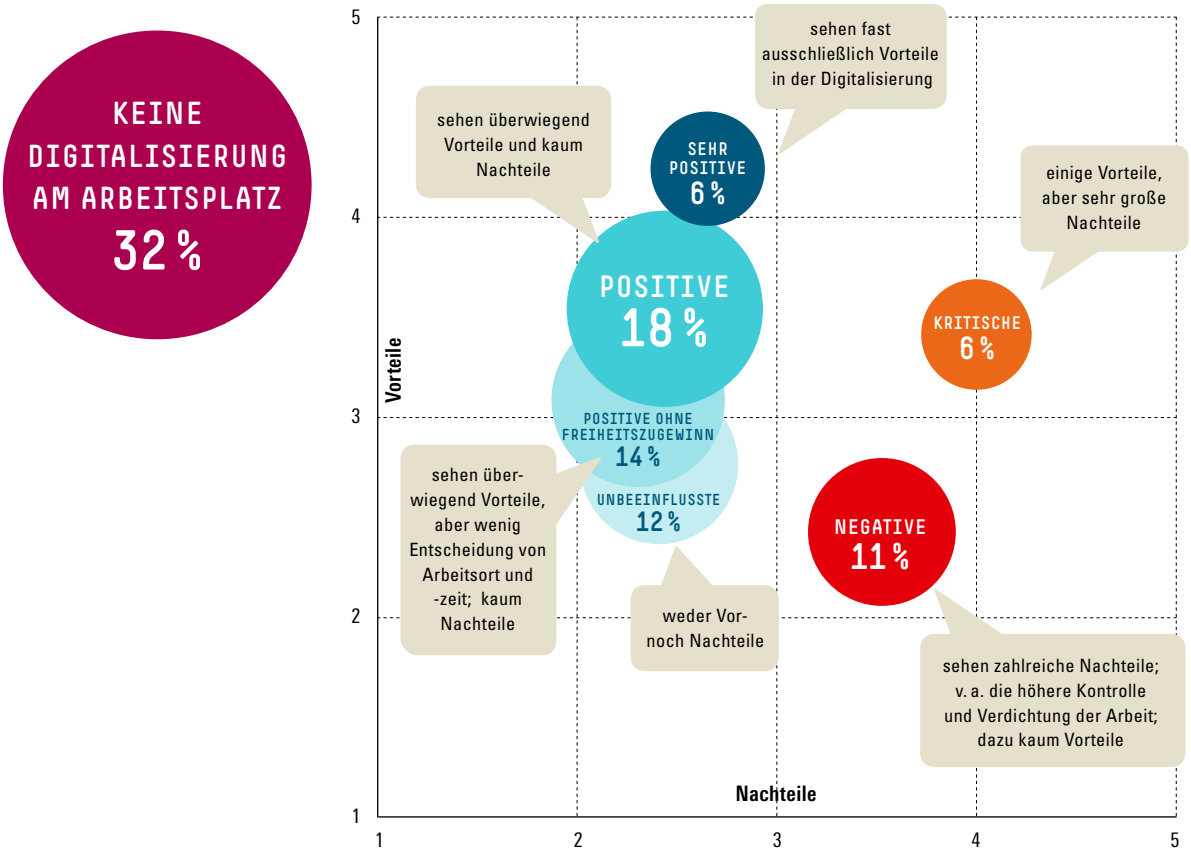
Erfahrungen mit Digitalisierung bei der Arbeit



Anmerkung: nur Erwerbstätige mit Digitalisierungserfahrungen in der Arbeitswelt (N = 2.063)

Abbildung 8

Cluster der Digitalisierungserfahrungen



Anmerkung: nur Erwerbstätige (N = 2.956)

Clusteranalyse
Die Clusteranalyse ist ein statistisches Verfahren, mit dem Gruppen identifiziert werden, für die Unterschiede innerhalb einer Gruppe möglichst minimal und zwischen den Gruppen möglichst maximal sind. Befragte, die demselben Cluster zugeordnet werden, ähneln sich also in ihrem Antwortverhalten.

Die Einstellung zur Digitalisierung ist dabei nicht von der sozialen Lebenslage entkoppelt: Die objektive Lebenslage und die subjektiven Wahrnehmungen von Erwerbstätigen, die die Digitalisierung im Arbeitskontext als negativ erleben bzw. nicht an ihr teilhaben, verfügen über insgesamt geringere materielle und immaterielle Ressourcen und damit schlechtere Voraussetzungen für soziale Teilhabe und demokratische Integration als diejenigen mit positiven Digitalisierungserfahrungen (Tabelle 1).

Es ist bekannt, dass die Digitalisierung Gelegenheitsstrukturen im Arbeitskontext verändert und sich dadurch individuelle Machtpositionen sowie Gestaltungs- und Handlungsspielräume vergrößern oder verkleinern (Kohlrausch et al. 2019). Dies zeigt sich auch hier, wenn wir die Digitalisierungserfahrungen nun in Zusammenhang mit den Anerkennungsbezügen setzen: Erwerbstätige mit negativen oder keinen Digitalisierungserfahrungen zeigen gleichzeitig eine geringe Anerkennung in weiteren gesellschaftlichen Bereichen. Besonders ausgeprägt sind dabei Abstiegsängste und das Gefühl der Orientierungslosigkeit.

Auch wenn die Daten keine eindeutigen Aussagen über Kausalitäten erlauben, legen unsere Analysen nahe, dass insbesondere Erwerbstätige, die schon vorher benachteiligt waren, entweder keine Digitalisierung am Arbeitsplatz erleben oder eher in negativer Hinsicht von der Digitalisierung betroffen sind. Dies verstärkt nicht nur das Risiko materieller Benachteiligungen, sondern die Digitalisierung ist auch ein arbeitsbezogener Erfahrungsbereich, in dem neue Anerkennungsbedrohungen entstehen. Insgesamt gilt es daher zu verhindern, dass die Digitalisierung die Unterschiede der objektiven und subjektiv wahrgenommen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen zwischen Erwerbstätigen vergrößert.

Tabelle 1

Profile der Cluster zu Digitalisierungserfahrungen

	keine Digitalisierung am Arbeitsplatz	Negative	Kritische	Unbeeinflusste	Positive ohne Freiheitszugewinn	Positive	sehr Positive
Alter	+	++	–	+	–	–	– –
Geschlecht	♀♂	♀♀	♀♂	♀	♂	♂	♂
Einkommen	– –	–	–	+	+	++	++
Bildung	– –	–	○	+	○	++	++
Fairness u. Gerechtigkeit	– –	– –	+	○	+	++	++
politische Repräsentation	–	– –	– –	○	+	○	++
Orientierungslosigkeit	+	+	++	○	–	– –	– –
soziale Mobilität	– –	– –	–	○	○	+	+
Abstiegsängste	+	++	++	–	○	–	– –

Anmerkungen: ++ sehr hohe Ausprägung, + hohe Ausprägung, ○ mittlere Ausprägung, – niedrige Ausprägung, – – sehr niedrige Ausprägung; farblich schattiert: objektive und subjektive Ressourcenausstattung; nur Erwerbstätige (N = 2.956)
Lesehilfe: Befragte im Cluster »Negative« setzen sich stark überdurchschnittlich häufig aus Älteren und Frauen zusammen. Ihre Einkommen und ihr Bildungsstand sind leicht unterdurchschnittlich. Ihre empfundene Fairness und Gerechtigkeit sind deutlich unterdurchschnittlich, ihr soziale Mobilität besonders häufig negativ, ihre politische Repräsentationsmöglichkeit deutlich unterdurchschnittlich, ihre Abstiegsängste stark überdurchschnittlich und ihre Orientierungslosigkeit leicht überdurchschnittlich ausgeprägt.

5.2 Sozial-ökologischer Wandel

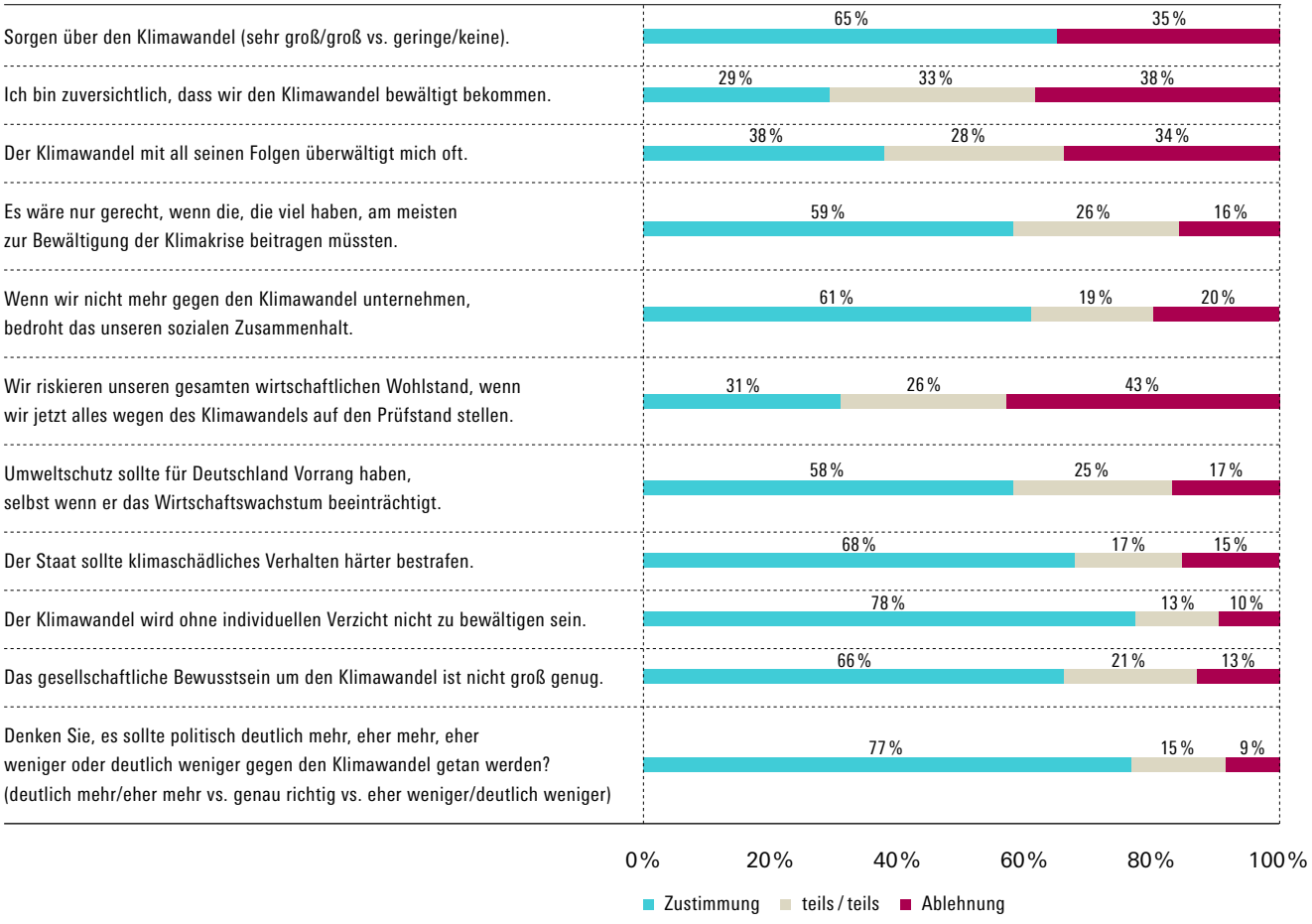
Der Klimawandel stellt unsere Gesellschaft vor Herausforderungen und wird unsere Arbeits- und Wirtschaftsweise in absehbarer Zeit verändern. Je nach Branche und Tätigkeit werden Erwerbstätige aber in unterschiedlichem Maße von den Veränderungen betroffen sein.

Zwei Drittel aller befragten Erwerbstätigen sind angesichts des Klimawandels in großer oder sehr großer Sorge. 38 Prozent der Befragten fühlen sich vom Klimawandel mit seinen Folgen oft überwältigt, während 29 Prozent zuversichtlich sind, dass wir den Klimawandel bewältigen werden. Insgesamt ist die Zustimmung unter den Befragten hoch, der Bewältigung des Klimawandels eine höhere Priorität zu geben und Veränderungen einzuleiten.

Bei der Einschätzung zu den sozialen und wirtschaftlichen Folgen ist die Einschätzung geteilt: Eine Mehrheit sieht im Klimawandel eine Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, gleichzeitig gibt es mehrheitlich volle oder teilweise Zsustimmung zu der Aussage, dass wir unseren gesamten wirtschaftlichen Wohlstand riskieren, wenn wir wegen des Klimawandels alles auf den Prüfstand stellen (Abbildung 9).

Abbildung 9

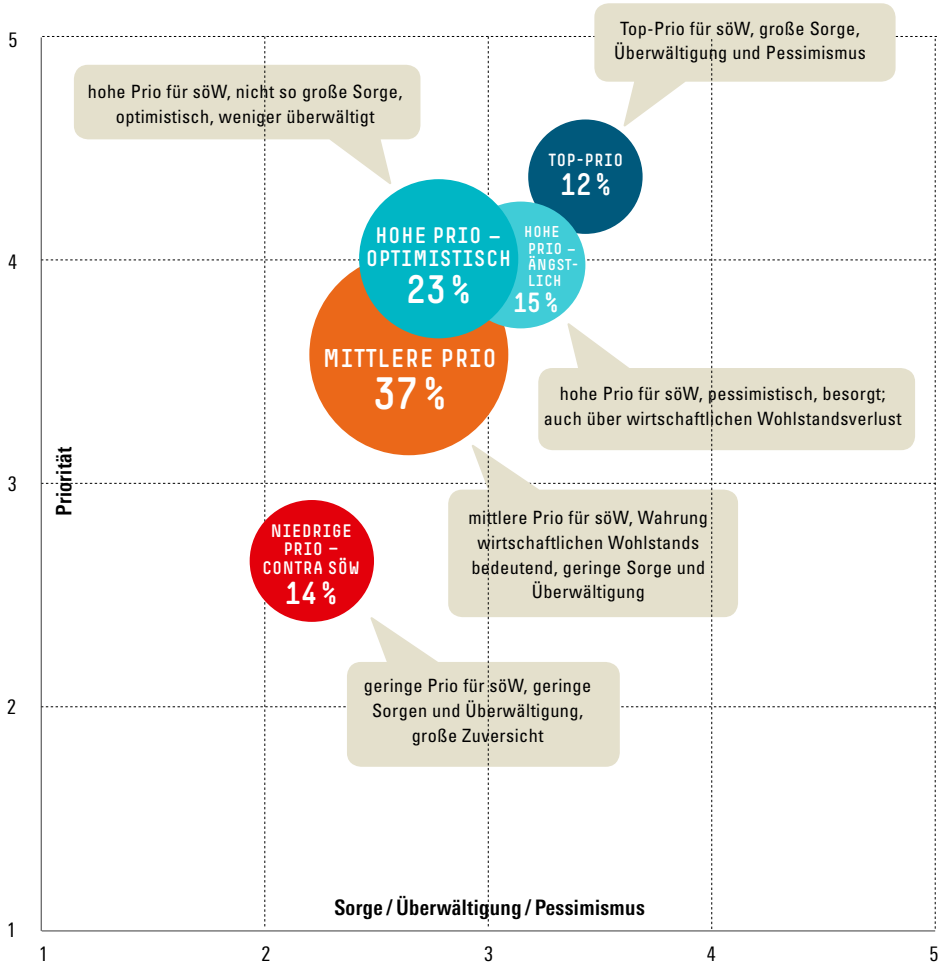
Einstellungen zum sozial-ökologischen Wandel



Anmerkung: nur Erwerbstätige (N = 2.956)

Abbildung 10

Cluster der Einstellungen zum sozial-ökologischen Wandel



Anmerkungen: söW: sozial-ökologischer Wandel; Abweichungen von 100 % in der Summe rundungsbedingt; nur Erwerbstätige (N = 2.956)

Tabelle 2

Profile der Cluster zum sozial-ökologischen Wandel

	niedrige Prio – contra söW	mittlere Prio	hohe Prio – ängstlich	hohe Prio – optimistisch	Top-Prio
Alter	–	○	++	– –	– –
Geschlecht	♂♂	♀♂	♀♀	♀♂	♀
Einkommen	–	+	–	+	+
Bildung	– –	–	–	++	++
Fairness u. Gerechtigkeit	– –	+	–	++	–
politische Repräsentation	– –	○	+	+	+
Orientierungslosigkeit	+	○	++	–	○
soziale Mobilität	– –	○	–	+	++
Abstiegsängste	○	○	+	–	○

Anmerkungen: söW: sozial-ökologischer Wandel ++ sehr hohe Ausprägung, + hohe Ausprägung, ○ mittlere Ausprägung, – niedrige Ausprägung, – – sehr niedrige Ausprägung; farblich schattiert: objektive und subjektive Ressourcenausstattung; nur Erwerbstätige (N = 2.956)
Lesehilfe: Befragte im Cluster »Top-Prio« setzen sich zusammen aus überdurchschnittlich häufig jüngeren Befragten und häufiger Frauen. Dazu sind die Einkommen hier eher überdurchschnittlich und die Bildungsabschlüsse deutlich überdurchschnittlich. Sie zeichnen sich durch eine etwas unterdurchschnittlich empfundene Fairness und Gerechtigkeit, eine leicht überdurchschnittliche politische Repräsentationsmöglichkeit und eine sehr positive soziale Mobilität aus. Die Verbreitung von Orientierungslosigkeit und Abstiegsängsten ist hier durchschnittlich.

Uns hat interessiert, welche Einstellungsmuster den Zustimmungswerten zugrunde liegen. Dazu wurden die Erwerbstätigen erneut in Cluster eingeteilt. Es wurden fünf Gruppen mit ähnlichen Antwortverhalten identifiziert, die sich in der Einstellung zum sozial-ökologischen Wandel unterscheiden (Abbildung 10).

Die Priorität, die dem Klimawandel und dem sozial-ökologischen Wandel beigemessen wird, ist gekoppelt an bestimmte soziale Lebenslagen (Tabelle 2). Auffällig sind zwei etwa gleich große Cluster, denen beide besonders häufig Befragte aus benachteiligten sozialen Lebenslagen zugeordnet werden: Die Befragten aus den Clustern »niedrige Priorität – contra sozial-ökologischer Wandel« und »hohe Priorität – ängstlich« weisen häufig eine nachteilige Ressourcensituation und ein hohes Maß an Anerkennungsdefiziten auf – insbesondere eine hohe Orientierungslosigkeit sowie eine häufig negative soziale Mobilität durch generationalen Abstieg.

Soziodemografisch unterscheiden sie sich jedoch markant, weil dem Cluster »niedrige Prio – contra sozial-ökologischer Wandel« überdurchschnittlich viele Jüngere und Männer und dem Cluster »hohe Prio – ängstlich« überdurchschnittlich viele Ältere und Frauen zugeordnet werden. Ebenso unterscheidet sich ihre Einstellung zur Veränderung: Im letzteren Cluster wird der Gestaltung des sozial-ökologischen Wandels eine hohe Priorität zugewiesen, dem man jedoch ängstlich gegenübersteht, während im erstgenannten Cluster die Notwendigkeit bestritten wird, auf die Klimakrise reagieren zu müssen. Aus einer benachteiligten, eher desintegrierten Situation heraus wird der sozial-ökologische Wandel in diesen beiden Clustern ganz unterschiedlich beantwortet.

5.3 Transformationserfahrungen und anti-demokratische Einstellungen

Unsere Ergebnisse zur Digitalisierung und dem sozial-ökologischen Wandel legen nahe, dass demokratische Integrationsprozesse durch Transformationserfahrungen neu justiert werden: Erwerbstätige, die auf weniger Bildungs- und Einkommensressourcen zurückgreifen können und sich weniger anerkannt fühlen, erleben Transformationsprozesse als bedrohlicher für ihre demokratische Integration als andere Erwerbsgruppen. Daher birgt die neue Integrations- und Desintegrationsdynamik (Heitmeyer 2018) die Gefahr, die bereits bestehende Polarisierung zwischen gesellschaftlich integrierten und weniger integrierten sozialen Lagen zu verstärken. Dies betrifft einerseits die realen Gelegenheitsstrukturen und Ressourcen, auf die Erwerbstätige Zugriff haben, andererseits das subjektive Erleben mangelnder Anerkennung.

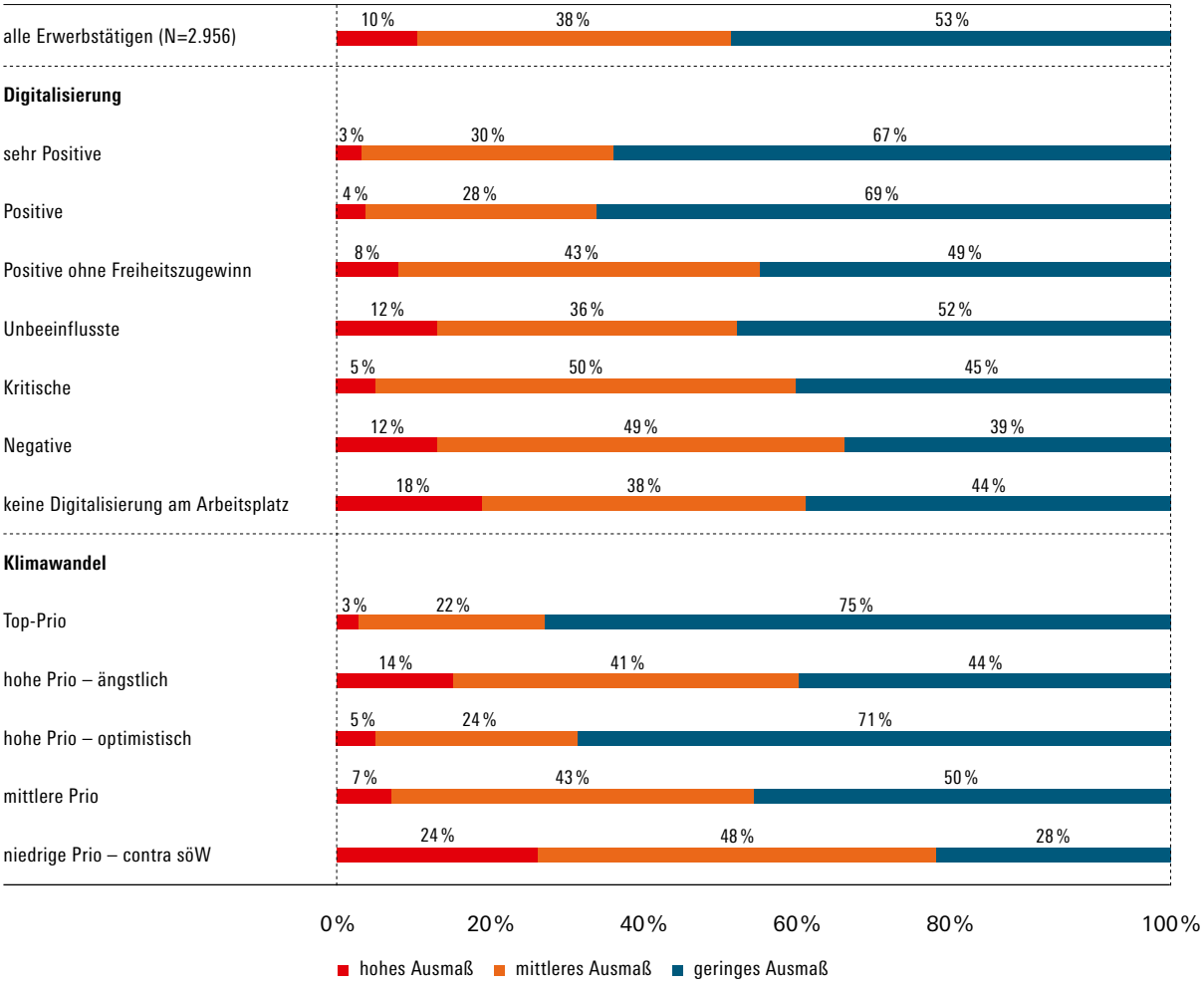
Wir haben konkret analysiert, wie die Einstellung zu bzw. Verarbeitung von Transformationsprozessen mit anti-demokratischen Einstellungen verknüpft sind (Abbildung 11). Bezüglich der Digitalisierung zeigt sich eine besonders starke Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen bei Befragten, bei denen entweder keine Digitalisierung am Arbeitsplatz stattgefunden hat oder die negative Digitalisierungserfahrungen gemacht haben. Sie sind in ihrem Arbeitskontext entweder komplett von Digitalisierungsprozessen ausgeschlossen oder erleben Digitalisierung als Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Umgekehrt zeigen vor allem jene Gruppen seltener anti-demokratische Einstellungen, für die die Digitalisierung mit einer Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und einem Zugewinn an Autonomie einher geht.

Die Einstellungen zum Klimawandel und zum sozial-ökologischen Wandel polarisieren die befragten Erwerbstätigen mit Blick auf anti-demokratische Einstellungen: Befragte, die sich für die Bewältigung des Klimawandels eine sehr hohe politische Priorität oder mit optimistischer Perspektive eine hohe Priorität wünschen, zeigen eine eher geringe Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen. Die eher benachteiligten erwerbstätigen Befragten aus dem Cluster »hohe Priorität – ängstlich«, also häufig erwerbstätige Ältere und einkommensschwache Erwerbstätige, weisen vor dem Hintergrund ihrer ohnehin eher anti-demokratische Einstellung befürwortenden Clusterzusammensetzung – und damit erwartbar – leicht überdurchschnittlich häufig anti-demokratische Einstellungen auf.

Am stärksten sind anti-demokratische Einstellungen im Cluster verbreitet, das sich aus überdurchschnittlich jüngeren und männlichen Erwerbstätigen zusammensetzt und das der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bewältigung des Klimawandels eine niedrige Priorität zuweist: Fast drei Viertel der Befragten in diesem Cluster äußern ein mittleres oder hohes Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen.

Abbildung 11

Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen in den Transformationsclustern



Anmerkung: söW: sozial-ökologischer Wandel; nur Erwerbstätige (N = 2.956)

6 DIE TRANSFORMATION SOZIAL GESTALTEN

Die Integration in den Arbeitsmarkt schützt vor antidemokratischen Einstellungen. Diese Integration wird zum einen über die materielle Absicherung von Erwerbstätigen gewährleistet. Zum anderen bietet der Erfahrungsraum Arbeit die Chance, das unmittelbare Umfeld gestalten zu können und Anerkennung für erbrachte Leistung zu erhalten. Dies ist jedoch nicht für alle Erwerbstätigen der Fall: Der Arbeitskontext ist für einen Teil der Erwerbstätigen ein Erfahrungsraum, in dem wenig materielle Sicherheit, Anerkennung, Kontrolle und Selbstwirksamkeit konkret erlebt werden. Dies birgt die Gefahr der Polarisierung in der Arbeitswelt, der demokratischen Desintegration und in der Konsequenz auch der Zunahme anti-demokratischer Einstellungen.

Insbesondere in Zeiten von Veränderungen bleibt es daher eine zentrale Aufgabe, Arbeit so zu gestalten, dass sie ein Ort für demokratische Integration bleibt bzw. wieder wird. Dafür geht es um mehr als materielle Absicherung: Es geht um die demokratische Gestaltung des Arbeitsumfeldes, um langfristige Sicherheitsperspektiven und um die Anerkennung von Leistung und Werten, die Erwerbstätige mit ihrer Arbeit verbinden.

Digitalisierung und der sozial-ökologische Wandel werden Arbeit weiter und vermutlich noch schneller verändern. Schon jetzt zeigt sich, dass Erwerbstätige, die weniger Zugriff auf Bildung und Einkommen haben, aber auch solche, die sich weniger anerkannt fühlen – also schon jetzt weniger gut über Arbeit gesellschaftlich integriert sind – diese Transformationsprozesse als bedrohlicher erleben als solche Personen, die über eine gute Ressourcenausstattung verfügen. Transformationsprozesse bergen also die Gefahr einer weiteren Polarisierung der Gesellschaft und einer Zunahme anti-demokratischer Einstellungen.

Die entscheidende Aufgabe für die Aufrechterhaltung einer demokratischen Gesellschaftsordnung besteht in den kommenden Jahren deswegen darin, Transformationsprozesse sozial so zu gestalten, dass Menschen gesellschaftlich integriert bleiben. Arbeit ist und bleibt dabei der Schlüssel, um Menschen auf dem Weg in eine veränderte Welt mitzunehmen.

LITERATUR

Anhut, Raimund / Heitmeyer, Wilhelm (2005): Desintegration, Anerkennungsbilanzen und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse für unterschiedliche Verarbeitungsmuster. In: Heitmeyer, Wilhelm / Imbusch, Peter (Hrsg.): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 75–100.

Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. https://library.fes.de/pdf-files/do/04088a.pdf.

Ganzeboom, Harry B.G. / Treiman, Donald J. (1996): Internationally Comparable Measures of Occupational Status for the 1988 International Standard Classification of Occupations. In: Social Science Research 25 (3), S. 201–239.

Heitmeyer, Wilhelm (2002): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I. Berlin: Suhrkamp.

Hilmer, Richard / Kohlrausch, Bettina / Müller-Hilmer, Rita / Gagné, Jérémie (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Working Paper Forschungsförderung 44. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_044_2017.pdf.

Kohlrausch, Bettina / Höcker, Linus Maximilian (2020): Ursachen für rechtspopulistische Einstellungen. Ein Überblick über den Forschungsstand. Working Paper Forschungsförderung 178. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-007620/p_fofoe_WP_178_2020.pdf.

Kohlrausch, Bettina / Schildmann, Christina / Voss, Dorothea (2019) (Hrsg.): Neue Arbeit – neue Ungleichheiten? Folgen der Digitalisierung. Weinheim: Beltz Juventa.

Oesch, Daniel (2006): Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Zick, Andreas / Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020 / 21. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz. https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=65543&token=be951e80f3f538cca04a67567b9da4b995a93c64.

Alle Links wurden zuletzt am 8. August 2021 besucht.

AUTOR:INNEN

Dr. Andreas Hövermann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Soziale Lebenslagen und demokratische Integration« in der Hans-Böckler-Stiftung. andreas-hoevermann@boeckler.de

Prof. Dr. Bettina Kohlrausch ist Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung. bettina-kohlrausch@boeckler.de

Dr. Dorothea Voss leitet die Abteilung Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung. dorothea-voss@boeckler.de

WWW.BOECKLER.DE

Der Arbeitskontext und eine sichere Integration in den Arbeitsmarkt können einen Schutz vor rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Einstellungen bieten. Diese zusammenfassend als anti-demokratisch bezeichneten Einstellungen treten gehäuft auf, wenn Sicherheit, Anerkennung und Selbstwirksamkeit am Arbeitsplatz fehlen. Zentral für anti-demokratische Einstellungen sind zudem Erfahrungen mit Digitalisierung am Arbeitsplatz und Einstellungen zum sozial-ökologischen Wandel. Aber Transformationserfahrungen sind unterschiedlich: Für einige Menschen stellen sie ein enormes Bedrohungspotenzial dar, sie bergen die Gefahr einer weiteren Polarisierung der Gesellschaft – und einer Zunahme anti-demokratischer Einstellungen.

IMPRESSUM

Herausgeber
© Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Str. 18
40474 Düsseldorf
www.boeckler.de

Satz
Manja Hellpap, Berlin

Düsseldorf, September 2021

ISSN 2509-2367

»Anti-demokratische Einstellungen« von Andreas Hövermann, Bettina Kohlrausch und Dorothea Voss ist lizenziert unter **Creative Commons Attribution 4.0 (BY).**
Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.
(Lizenztext: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Schaubildern, Abbildungen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

FORSCHUNGS-
FÖRDERUNG